

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Benedikt Lux (GRÜNE)**

vom 27. März 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. März 2012) und **Antwort**

Zentraler Objektschutz (ZOS)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viel Geld musste Berlin in den letzten 5 Jahren für die hauptstadtbedingten Sicherheitsaufgaben selber aufbringen? Bitte tatsächliche Kosten und Zuweisungen des Bundes auführen.

Zu 1.: Die hauptstadtbedingten Aufwendungen und die Zuweisungen des Bundes sind im Kapitel 0559 (Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin) veranschlagt.

	Ist-Ausgaben Kapitel 0559 in €	Ist-Einnahmen Kapitel 0559 in €	Fehlbetrag in €
2007	104.272.541,00	38.347.000,00	65.925.541,00
2008	104.963.620,39	60.000.000,00	44.963.620,39
2009	103.348.405,47	60.000.000,00	43.348.405,47
2010	105.081.413,90	60.000.000,00	45.081.413,90
2011	112.808.549,37	60.000.000,00	52.808.549,37

2. Welche Anstrengungen unternimmt der Senat, um den Bund zu einer Erhöhung seiner Zuschüsse zu bewegen?

Zu 2.: Der Senat strebt gemäß Koalitionsvereinbarung die vollständige Erstattung der hauptstadtbedingten Aufwendungen durch den Bund an. Der Senator für Inneres und Sport wird daher die Verhandlungen mit dem Bund wieder aufnehmen.

3. Welche rechtlichen und politischen Möglichkeiten sieht der Senat für eine Änderung des bis 2017 laufenden Hauptstadtfinanzierungsvertrags, der die Zuschüsse des Bundes an Berlin regelt?

Zu 3.: Das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bund ist abzuwarten.

4. Wie viele Botschaften werden derzeit vom Land Berlin bewacht (bitte nach Land aufgeschlüsselt) und wie hoch ist dabei der Personalbedarf?

Zu 4.: Insgesamt werden an 350 Objekten, die der Kategorie „diplomatische Einrichtungen“ zuzurechnen sind, mobile Objektschutzmaßnahmen mit einem Einsatz von rund 144 Bediensteten durchgeführt.

Daneben werden derzeit an den diplomatischen Einrichtungen der Länder USA, China, Frankreich, Großbritannien, Irak, Israel, Kongo, Libyen, Russische Föderation, Syrien, Türkei und Usbekistan stationäre Objektschutzmaßnahmen mit einem personellen Einsatz von rund 488 Bediensteten durchgeführt.

5. Sind derzeit Stellen im Zentralen Objektschutz (ZOS) nicht besetzt und wenn ja, welche Stellen betrifft das (bitte nach Aufgabenbereich aufgegliedert)?

Zu 5.: Im Februar 2012 waren im Bereich der Tarifbeschäftigten des Zentralen Objektschutzes von den 1237,5 zur Verfügung stehenden Stellen 8 Stellen unbesetzt.

6. Wie viele Überstunden haben die Beschäftigten des ZOS in den letzten 5 Jahren angesammelt?

Zu 6.: Von Februar 2007 bis Februar 2012 stieg die Zahl der Überstunden im Zentralen Objektschutz von 78.696 auf 353.685.

7. Warum will der Senat vor diesem Hintergrund weiterhin Personal im vollzugsnahen Dienst reduzieren?

Zu 7.: Mit Ausnahme der Bereiche Polizei- und Feuerwehrvollzug, Verfassungsschutz, Richter/innen, Staatsanwälte/innen, Lehrer/innen, sonstiges Personal Schulen und Finanzämter sind im Rahmen der vom Senat beschlossenen Personaleinsparungen alle Bereiche aufgefordert, ihren Einsparbeitrag zu leisten, so auch der vollzugsnaher Bereich der Polizei.

8. Kann der Senat ausschließen, dass zur weiteren Erfüllung der Botschaftsbewachung keine Vollzugsbeamten eingesetzt werden?

Zu 8.: Es werden sämtliche Anstrengungen unternommen, um den dauerhaften Einsatz von Polizeivollzugsbeamten/innen für Aufgaben des Zentralen Objektschutzes zu vermeiden.

9. Kann der Senat ausschließen, dass von den im Koalitionsvertrag vereinbarten 250 Polizisten im Vollzugsdienst keine Beamten im ZOS eingesetzt werden, damit die Aufgaben weiterhin wahrgenommen werden können?

Zu 9.: Mit den 250 zusätzlichen Polizeivollzugsbeamten/innen wird dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis im öffentlichen Personennahverkehr Rechnung getragen. Der verstärkte Personaleinsatz der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) wird durch eine erhöhte Polizeipräsenz begleitet. An dieser Absicht wird uneingeschränkt festgehalten.

Berlin, den 30. April 2012

Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Juni 2012)